

1/2016

#quote

# p0lit-Ton





# INHALT

5	<b>VORWORT „WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN“</b>
6	<b>QUOTENFREIER STARTSCHUSS</b>
7	<b>SASCHA KODYTEK – VORSITZENDER DER PLANSPIEL-FRAKTION</b>
8	<b>DER FRAKTIONSVORSTAND</b>
9	<b>ARBEITSGRUPPE BILDUNG UND FORSCHUNG</b>
11	<b>ARBEITSGRUPPE FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGENDLICHE</b>
12	<b>ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND SOZIALES</b>
14	<b>ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFT UND ENERGIE</b>
15	<b>ANTRAG AUF BASISBÜROKRATIE?</b>
16	<b>INTERVIEW ROLAND REIF</b>
17	<b>DIE FRAUENQUOTE ALS „RUNNING JOKE“</b>
18	<b>O-TÖNE ZUR QUOTIERUNG</b>
19	<b>RESÜMEE DER ARBEIT IN DEN AGS</b>





Foto: Andreas Amann

# VORWORT

## „WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN“,

dieses Zitat des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt bringt die Motivation der Teilnehmer am Planspiel Zukunftsdialog 2016 der SPD Bundestagsfraktion auf den Punkt: Demokratische Werte und Mut zur Veränderung sind zwei Ideale, die viel Potential zu Debatten mitbringen.

„Zukunftsdialog“, lautete das Motto des diesjährigen Planspiels- doch worin liegt die Zukunft? Hierzu gibt es verschiedene Standpunkte. Denn jeder hat seine individuellen Visionen, wenn er an „das Morgen“ denkt. Doch unterschiedliche Meinungen führen schnell zu Diskussionen und Reibungspunkten. Doch was nun? Worin liegt die Lösung der Konflikte?

Auch auf diese Frage hat jeder eine eigene Antwort- Meine lässt sich mit einem Wort zusammenfassen: Dialog. Weshalb mir der Dialog so wichtig ist? Solange man nur die eigenen Interessen zu vertreten hat, fällt dies vergleichsweise leicht. Von unserer Meinung lassen wir uns nur ungern abbringen- Ein fester Standpunkt ist bequem und sicher.

Doch erst, wenn wir uns überwinden, wenn wir lernen, auch andere Betrachtungsweisen eines Themas als Gegenpol zu den eigenen zu akzeptieren, treten wir in einen konstruktiven Dialog mit anderen.

Dialog, das bedeutet ein Miteinander- und das Miteinander ist wiederum der Ursprung der Demokratie.

Damit die Ergebnisse des Zukunft- Dialogs auch weiterhin nachvollzogen werden können, haben wir O-Töne der Planspiel- Abgeordneten gesammelt.

Politische O-Töne. Und darum geht es in unserer Zeitung, dem pOlit-Ton.

Viel Spaß beim Lesen,

Anastasia Stark + das ganze Redaktionsteam



## QUOTENFREIER STARTSCHUSS

*Der Otto-Wels-Saal im Bundestag: Sorgfältig angeordnet stehen Tisch- und Stuhlreihen einer erhöhten Sitzzeile zugewandt. An den Wänden hängen zwei abstrahierte Gemälde, welche sich deutlich von der bürokratischen Atmosphäre des Raums abheben.*

Sie werden als „Der rot-weiße Karren“ betitelt und wurden 1988 von der Cross-Art-Künstlerin Hella Santarossa gemalt. Dargestellt ist die Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands infolge der Industrialisierung. Hierbei spielt auch Namensgeber des Saal, Otto Wels eine Rolle: Er sprach sich 1933 im Namen der SPD gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten aus.

Für die Gemeinschaft einzustehen, darum geht es auch heute bei der Wahl der Fraktionsvorsitzenden: „Wir werden vor allem auf eine Art zusammenarbeiten: Miteinander!“- mit diesem Wahlspruch wurde mit 32 von insgesamt 93 gültigen Stimmen Sascha Kodytek der Posten des Fraktionsvorsitzenden zuteil.

In den Fraktionsvorstand wurden Nina Regenhardt, Kardan Beytas, Dennis Feldmann und Roland Reif gewählt, nachdem ein Antrag auf die Quotierung der Wahl abgelehnt wurde.

*„Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin heiß!“  
-Thomas Lippke*

|anastasia stark | foto: linda pröm|

# SASCHA KODYTEK – VORSITZENDER DER PLANSPIEL- FRAKTION



## EIN PORTRAIT

*„Miteinander“ - Das Stichwort mit dem sich Sascha Kodytek persönlich zum ersten Mal der Fraktion vorstellte. Durch sein positives Auftreten gelang es ihm, bei der Wahl des Vorsitzenden die Führung zu übernehmen: Jung, dynamisch und selbstbewusst wirkt der gebürtige Leipzig auf alle Teilnehmer des Planspiels „Zukunftsdialog“.*

Schon in der 9. Klasse kam Sascha zum ersten Mal mit der Politik in Berührung. Als damals das sächsische Kultusministerium einen massiven Lehrmangel durch Überalterung und Sparmaßnahmen offen legte, und sich nicht handlungsbereit zeigte, war das Grund genug für den Fraktionsvorsitzenden die Initiative zu ergreifen. Schültern lediglich als Klassensprecher fungierend, setzte er sich außerhalb gemeinsam mit Schulräten erfolgreich unter dem Motto: „Bildung die rettet- Rettet die Bildung“ gegen dieses Problem ein.

Das war der Startschuss für Sascha, sich zu politisieren und sich hartnäckig und mit voller Überzeugung für eine Sache einzusetzen. Mit einem Zwischenstopp in Dresden, wo er sein Abitur ablegte und sich ebenfalls engagierte, ist der mittlerweile 20-jährige Jurastudent in Halle.

*„Meine Meinung ist mir sehr wichtig...eure natürlich auch.“  
-Vincent Schreiber*

Heute kämpft er vor allem für mehr Bildungsgerechtigkeit und politische Bildung, nebenbei ist er Mitglied der Kreuzberger Kinderstiftung und arbeitet als Unterstützer des Jugendparlaments Leipzig, wo er mit Öffentlichkeitsarbeit und Organisation vertraut ist.

[dennis haase | foto: johannes leitgeb]

# DER FRAKTIONSVORSTAND



**Kardan Beytas (18)**

Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie

Ziele: Gleichberechtigung, Internationalität, Effizienz in der Wirtschaft

Kompetenzen: Bodenständigkeit, fokussiertes Arbeiten



**Dennis Feldmann (20)**

Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Ziele: meinungsübergreifende, überzeugende Arbeit

Kompetenzen: Organisation, schnelle Problemlösungen



**Nina Regenhardt (18)**

Arbeitsgruppe Familie, Frauen, Senioren und Jugend

Ziele: „frischen Wind“ in die Politik bringen, neue Denkanstöße und Ideen

Kompetenzen: Offenheit für alle Vorschläge, Realitätsnähe



**Roland Reif (19)**

Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

Ziele: europäische Integration, Einhaltung der Grund- und Menschenrechte, Fokus auf die Zukunftspolitik Deutschlands

Kompetenzen: Fachkenntnisse zu den Themen Digitalisierung, Europapolitik, Menschenrechte; Leidenschaft für politische Themen

# ARBEITSGRUPPE BILDUNG UND FORSCHUNG

*Siebenundzwanzig Themen lassen sich auf den Bildschirmen finden, die in der Mitte des kreisförmigen Konferenzsaales im Paul-Löbe-Haus hängen. Während draußen die Sonne schon untergegangen ist, sitzen die Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung noch im Schein der Bildschirme versammelt.*

Es gilt, aus der Vielfalt der möglichen Themen ein einzelnes herauszusuchen, das die Grundlage für den Antrag der Gruppe an die Bundesregierung bilden soll.

Neben den beiden großen Themenbereichen „Verminderung von Diskriminierung“ und „Chancengleichheit“ lassen sich Themen wie „größere Praxisorientierung an Schulen“ und „bessere Ausbildungen für Lehrer“ finden. Der erste Arbeitstag endet mit dieser Vielzahl an Themen und Meinungen. Am darauffolgenden Tag fällt die Abstimmung dennoch deutlich aus: Die Forderungen der AG sollen sich um ein deutschlandweit einheitliches Schulsystem als Grundlage für Chancengleichheit drehen.



„Die jungen Generationen sind unsere Zukunft“: Mit dieser Feststellung eröffnet die junge Arbeitsgruppe ihren Antrag. Und die Zukunft soll in gerechten Bedingungen aufwachsen: „Chancengleichheit bestimmt den Schulabschluss, ein Studium oder eine Ausbildung und somit den weiteren Lebensweg“, berichtet die Sprecherin der Arbeitsgruppe Merle Paulick. Damit die Chancengleichheit erzielt werden könne, sei es Voraussetzung, dass an jeder Schule Deutschlands gleichwertige Bildung angeboten werde. Im Moment werde das Niveau des Unterrichts und des Schulabschlusses in den einzelnen Regionen von den Bundesländern bestimmt. Im Zuge des föderalistischen Aufbaus Deutschlands hätten die Länder die Kulturhoheit. Diese beinhalte das Schulsystem. „Wir können das Recht der Bildungssouveränität den Ländern natürlich nicht wegnehmen, unser Antrag ist allerdings ein Hinweis an die Länder, dass es im Moment nicht gut funktioniert“, so Merle Paulick. Darüber hinaus sei mit Artikel 91b des Grundgesetzes bereits eine rechtliche Grundlage gegeben, die Zusammenarbeit der Länder und gegenseitige Unterstützung in Bildungsangelegenheiten ermöglichen würde.

Massive Defizite sieht die Arbeitsgruppe vor allem in den Abschlussprüfungen der einzelnen Schularten in den Ländern. Der von der Gruppe oft gewählte Vergleich eines Abiturs aus Bayern mit dem aus Hamburg macht deut-

lich: Selbst von der Art her gleiche Abschlüsse erhalten in der Praxis eine unterschiedliche Wertung und ein unterschiedliches Ansehen. „Wenn jemand nur deswegen im Beruf abgelehnt wird, weil er sein Abitur in Nordrhein-Westfalen bestanden hat, dann ist das keine Chancengleichheit“, schlussfolgert der stellvertretende Sprecher der AG Preeteschwar Sascha Gill, „Bildung sollte für jeden gleich und gerecht sein“. Die Leistungen, die in der Schule erbracht werden, müssten zunächst auf ein einheitliches Niveau gebracht werden, erst dann könne man sie vergleichen.

Darauf stützt die Gruppe ihre Forderung nach einem einheitlichen Schulsystem mit einheitlichem Lehrplan und zentralen Abschlussprüfungen. Um das zu verwirklichen, sei es ebenso essenziell, dass eine gleichwertige Ausstattung an Schulen umgesetzt wird: Im Zeitalter der Digitalisierung würden Computer zum Standardequipment gehören. Außerdem müssten andere Abschlüsse neben dem Abitur aufgewertet werden. „Die individuelle Förderung der Schüler mit ihren individuellen Talenten sollte an oberster Stelle stehen“, fordert die Gruppe.

Immer wieder wird in den Diskussionen der Arbeitsgruppe deutlich: Die Mitglieder sind von der Problematik des uneinheitlichen Bildungssystems selbst betroffen, jedes Mitglied der Arbeitsgruppe kann zur Diskussion beitragen und die Redebeiträge stützen sich oft auf eigene Erfahrungen. Dabei fällt auf, dass

sogar die Begriffe, mit denen das Bildungssystem referenziert wird, unterschiedlich sind: Es muss beispielsweise eine gemeinsame Definition der „Gesamtschule“ gefunden werden, bevor über das Konzept einer solchen gesprochen werden kann. Auch hier solle von den Bundesländern der Dialog gesucht und eine Vereinheitlichung angestrebt werden. Die rege Beteiligung an Wortbeiträgen bewertet der stellvertretende Sprecher Preeteschwar Sascha Gill: „Dass wir uns überhaupt mit dem Thema der Chancengleichheit auseinandersetzen, ist ein Zeichen, dass wir als Schüler uns stark für unsere eigene Bildung einsetzen“.

Am 14. Oktober 2016 – die SPD-Bundestagsfraktion spricht vom „historischen Tag“ – hat sich bereits gezeigt, dass die Zusammenarbeit der Länder in der Bildung immer näher rückt: Mit

der Auflockerung des sogenannten Kooperationsverbots kann der Bund künftig in gute Bildungsqualität in den Bundesländern investieren. Auch das Engagement der Arbeitsgruppe hat sich auszahlt: Der Antrag wird in die Position der Planspielfraktion aufgenommen. „Und da sag noch mal einer, mit 27 Themen würden wir nicht fertig werden“, schließt Sprecherin Merle Paulick.

*„Ich möchte ja auch mal  
irgendwie gewählt werden!“  
-Milan Eder*

|johannes leitgeb | foto: andreas amann|

# ARBEITSGRUPPE FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND- LICHE

*„Bleibt politisch!“, mit diesem Satz beendet der Fraktionsvorsitzende Sascha Kodytek das dreitägige Treffen der SPD- Planspielfraktion im Berliner Bundestag. Das Zitat hätte allerdings auch zu Beginn der Veranstaltung gesagt werden können, denn die folgenden Tage wurde in der Arbeitsgruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überlegt, gesprochen und geschrieben, um die restlichen Fraktionsmitglieder am 18.10.2016 mit einem neuen Gesetzesantrag überzeugen zu können.*

Bereits am ersten Abend werden in der Arbeitsgruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche (FSFJ) die grundlegenden Ziele für die weitere Arbeit festgelegt. Die 19 Frauen und sieben Männer wollen die Familie in den Mittelpunkt rücken, indem sie sowohl die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf verbessern, als auch die Entscheidung für Nachwuchs fördern. Ein besonderes Augenmerk setzen sie auch auf die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt: Insbesondere an den Gehaltsunterschieden zwischen Mann und Frau soll die nächsten Stunden gearbeitet werden.



Schon am nächsten Tag steht der Gesetzesentwurf für beide Themen. Die Forderung für „Equal Pay“ (zu deutsch: „gleiche Bezahlung“) wird damit begründet, dass Frauen im Durchschnitt noch immer 21% weniger Gehalt, als Männer mit einer vergleichbar ähnlichen Qualifikation bekommen. Besonders soziale Berufe, die deutlich stärker von Frauen besetzt werden, wären davon betroffen. Zwar gäbe es schon ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern, durch welches Firmen mit mehr als 200 Beschäftigten Auskunft geben müssen, wie viel Kollegen in vergleichbaren Positionen verdienen und Firmen mit über 500 Beschäftigten sogar einen regelmäßigen Bericht auf Lohngleichheit vorlegen müssen, doch hierbei beziehe man sich nur auf Durchschnitte. Zudem betreffe das Gesetz nur große Betriebe.

Die Abgeordneten fordern nun eine komplette Gleichbehandlung bei gleichwertiger Arbeit, welche jede Diskriminierung ausschließen soll. Ebenso müssten Unternehmen anonymisiert die Gehälter der Angestellten offenle-

gen, damit eine Lohnungleichheit festgestellt werden könne. Diese solle mit einer Frist von 30 Tagen beglichen werden. Unterstützt werde dieser Schritt von dem Verbot der Verschwiegenheitsklausel innerhalb der Mitarbeiter eines Unternehmens zum eigenen Gehalt. Druck auf die Unternehmen könne man durch stärkere Sanktionen ausüben, wobei sich hier besonders auf die finanzielle Form gestützt werden soll. Des Weiteren solle dem Antidiskriminierungsverband mehr Handlungskapazität zugesprochen werden: Wenn er befähigt sein würde, eine rechtliche Beratung durchführen und Klage einzureichen, könne die Diskriminierung auf dem Arbeitsplatz weitgehend eingegrenzt werden.

Auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden im Antrag Punkte herausgearbeitet: Um Familien die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern, soll ein Babypaket nach finnischen Vorbild nun

auch in Deutschland integriert werden. Dies beinhalte die Erstausrüstung für ein Baby, oder eine monatliche Finanzspritze in Höhe von 140€ für das erste Lebensjahr. Das Babypaket sei für jede Familie auf freiwilliger Basis verfügbar. Die Bedingung dafür sei die Übermittlung der Bestätigung einer Schwangerschaft an eine zentrale Meldestelle. Um die Wirtschaft in Deutschland zu stärken, sollen die Inhalte des Pakets primär regional bezogen werden. Insofern dies nicht möglich ist, müssten die restlichen Produkte nach geltender europäischer und deutscher Rechtsprechung ausgeschrieben werden. Außerdem würden Paare, die eine Elternzeit in Anspruch nehmen, finanziell gestaffelt unterstützt werden.

Des Weiteren fordert die Arbeitsgruppe FSJ, dass das Bundesprogramm zur Förderung von Betriebskindergärten über 2017 hinaus bestehen bleibt. Zusätzlich soll ein Unternehmen ab einer Betriebsgröße von 500 Mitarbeitern, zu einem Angebot der Kinderbetreuung verpflichtet werden. Dies sei durch die Reservierung eines Kita-Platzes oder durch einen betriebsinternen Kindergarten möglich. Bei Nichteinhaltung würden finanzielle Sanktionen folgen. Der letzte Punkt ist ein flächendeckender Einsatz des Bundes gegenüber der Länder für Ganztagsschulen. Bei der abschließenden Fraktionssitzung wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

*„Ich arbeite auch schon  
seit zwei Wochen an  
meinem einzigen Ordner.“  
-Linda Pröm*

*||linda pröm | foto: andreas amann|*

## ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND SOZIALES

*„Ich bin sehr zufrieden mit der Arbeit in unserer AG.“, sagt der stellvertretende AG Sprecher Julien Chamboncel. Nach anfänglichen Schwierigkeiten und einer langen Diskussion über bestimmte Formalien, gelang es der Arbeitsgemeinschaft dennoch, am späten Sonntagabend einen guten Start für die Ausarbeitung gemeinsamer Anträge hinzulegen.*

Nachdem sich einzelne Abgeordnete zu kleineren Gruppen zusammengefunden haben, um effektiv an innovativen Ideen in Bereichen wie „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“ und „Leiharbeit und Minijobs“ zu arbeiten, stand der Antrag der Planspiel-Arbeitsgruppe fest.

Schon die Vorschulzeit sei entscheidend für die neurologische Entwicklung eines Menschen, somit beginne, laut Aussagen der Abgeordneten, die Chancengleichheit schon im Vorschulalter. Es wurde diesbezüglich ein Antrag formuliert, welcher die Einführung einer allgemeinen Kindergartenpflicht und neue Rahmenbedingungen für Erzieher/innen, niedrige Betreuungsschlüssel, Fortbildungsmöglichkeiten und eine Investition in die Ausstattung der Kindertagesstätten beinhaltet. Zudem stand neben einem anonymisierten Bewerbungsverfahren, das für jegliche Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber schrittweise eingeführt werden soll, bei den Abgeordneten ebenso die Gleichheit von Auszubildenden und Studenten auf dem Plan.

Ein weiterer Punkt, der im Antrag der AG Arbeit und Soziales festgehalten wurde, war ein einheitlicher Lohn für



Minderjährige und Volljährige, wenn sie dieselbe Arbeit vollziehen. Zudem wurde eine Quote für Leiharbeiter in Unternehmen gefordert, die einen Höchstanteil von 10% regelt.

Das Ziel aller Arbeitsgemeinschaften war es, die aufgestellten Forderungen in den AGs der SPD-Bundestagsfraktion vorzustellen. Somit präsentierte die Planspiel-Arbeitsgruppe um Songül Eroglu ihren Antrag am Dienstagmorgen der Vorsitzenden Katja Mast und ihrem Team.

Mit reichlich Diskussionsbedarf verteidigten die Planspielabgeordneten ihre Forderungen, und versuchten, mit Argumenten zu überzeugen. Daniela Kolbe, stellvertretende Sprecherin der Bundestags-AG, optimierte die Idee des anonymisierten Bewerbungsverfahrens. Kritisch äußerte sich Bernd Rützel zum Thema Leiharbeit, sowie zu einigen anderen Punkten des Antrags. Letztendlich wurden sowohl der Bundestags- Arbeitsgruppe bekannte Forderungen, als auch neue Ideen mit Begeisterung aufgenommen.

Zudem stellte die AG Arbeit und Soziales ihren Antrag der gesamten SPD-Planspielfraktion vor und versuchte auch diese von ihren Ideen zu überzeugen. Vereinzelt gab es Veränderungen und Umformulierungen, trotzdem wurde dem Antrag mit einer deutlichen Mehrheit zugestimmt. Somit lässt sich mit großer Sicherheit sagen, dass die Planspiel-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, unter der straffen Leitung von Songül, zielstrebig an ihrer Aufgabe gearbeitet hat und somit alle eine positive Antwort erhalten haben.

[dennis haase | foto: andreas amann]



## ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFT UND ENERGIE

*Zu Beginn wurde als Sprecher der Arbeitsgruppe Milan Eder gewählt. Die erste Sitzung der AG „Wirtschaft und Energie“ wurde somit geöffnet. Die AG versuchte, ein festes Überthema zu finden, blieb aber erfolglos. Das Votum ging dahin, mehrere kleine Leitthemen zu erarbeiten, allerdings war die Zeit dafür zu kurz.*

Die erste Sitzung am 16.10. blieb also ohne klare Ergebnisse, es zeichneten sich allerdings vielversprechende Tendenzen ab.

Zur zweiten Sitzung am 17.10 wurden vier Leitthemen gefunden. Sie bestehen aus L1 „Speicherungstechnologie“, L2 „Smart Grid“, L3 „Monopolisierung“ und L4 „Dezentralisierung der Energiegewinnung“. Die Antragserarbeitung erfolgte in einem pyramidenartigen Muster; zu je einem Leitthema entstand eine Arbeitsgruppe. Anschließend berieten sich zwei Arbeitsgruppen zusammen, um darauf in einem großen Beratungskreis einen Antrag zu erarbeiten. Bei allen Leitthemen war die Devise, dass der Strom und das daraus entstehende Projekt finanzierbar bleiben muss. Konkret sah der Antrag folgendermaßen aus: dass Problem von der Abhängigkeit von Kommunen zu großen, zentralen Energieanbietern sollte gelöst sowie private Investitionen in erneuerbare Energien attraktiver gemacht werden. Der Lösungsvorschlag bestand daraus, durch unterstützende Maßnahmen des Staates in Form von finanziellen Förderungen den Erwerb von Systemen mit erneuerbarer Energie lukrativer zu gestalten. Gleichzeitig sollte durch intensive Aufklärung und Bewerbung der Rückhalt der Bevölkerung gewonnen werden, in dem klargemacht wird, dass Investitionen in erneuerbare Energiesysteme als eine Investition in die Zukunft zu verstehen sind. Einen professionellen Einblick erhielt der Arbeitskreis durch eine Referentin der AG „Wirtschaft und Energie“, welche Fachfragen und Verständnisprobleme beantwortete und löste. Währenddessen wurde die Bearbeitung des Vortrags durch die anderen Gruppen betrachtet und dementsprechend verbessert. Der fertige Antrag wurde noch ein Mal überschaut und einstimmig als fertig und abgabebereit angesehen.

Das Arbeitsverhalten wirkte anfangs orientierungslos, tendierte aber bald zu einer ruhigen und konzentrierten Arbeitsatmosphäre. Auf Drängen vom Fraktionsvorsitzenden Sascha Kodytek wurde durch die zweite Sitzung ein klares Konzept erreicht.

|felix werner | foto: andreas amann|

# ANTRAG AUF BASISBÜROKRATIE?

## EIN KOMENTAR

*Anträge stellen- ein Teil des tagesaktuellen politischen Geschehens: Vom Antrag auf eine Quotierung der Rednerliste, bis zum Antrag auf eine Abänderung der Geschäftsordnung: Anträge sind die demokratischen Vorschlaghammer zur Entscheidungsfindung. „Basisdemokratie“ hält ihren Triumphzug durch die Reihen der Politik. Alles wird heute mit der Basis abgestimmt. Doch führt das wirklich zu einer demokratischeren Demokratie?*

Ich möchte einen Antrag stellen. Einen Antrag darauf, dass wir weniger Anträge stellen. Versteht mich nicht falsch: Fundierte Anträge und berechtigte Einwände sind gut und wichtig. Nur durch solche kommt es zu Meinungspluralismus in politischen Debatten. Und als Folge des Meinungspluralismus steht ein Ergebnis, das möglichst viele Blickwinkel vereinigt. Das ist zumindest die Theorie.

In der Praxis werden Anträge aber meist zur bürokratischen Superwaffe. Die Opfer: Transparenz und Zeit. Erst kürzlich forderte die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der Planspiel-Fraktion ein deutschlandweit einheitliches Bildungssystem. Die Erstellung eines Einleitungssatzes, der dem Kriterium der Einheitlichkeit entspricht, stellte sich allerdings schon als erste Schwierigkeit heraus. Zu hoch war die Dichte an Anträgen auf eine Abänderung des bereits Geschriebenen. Das führt unmittelbar zu Unterbrechungen und Verzögerungen. Zu viele Anträge verlangsamten die Demokratie also eher, als sie zu verbessern.

Im Paul-Löbe-Haus gibt es in der Mikrofontechnik eine integrierte Warteliste. Die ist an sich praktisch: Es muss niemand mehr den Überblick über die Redeliste behalten, denn die Computertechnik regelt selbst, wer als nächstes drankommt. Was auf dem Papier schnell gesagt ist, führt in der politischen Realität allerdings zu großen Debatten: Erst muss ein Antrag auf Nutzung der Warteliste gestellt, dann Stimmen und Gegenstimmen zu diesem Antrag gesammelt werden und

anschließend wird über den Sachverhalt abgestimmt. Das wirft die Frage auf, ob jedes Thema auch eines Antrags würdig ist. „Basisdemokratie“ wirkt sich meistens nur auf kleinere Fragestellungen aus, die eher in den Bereich der Bürokratie fallen. Die praktische Nutzung der Mikrofone könnte auch einfach dem theoretischen Antrag vorausgehen, eine demokratische

Lösung ist nicht zwingend notwendig. Hier sollte eine deutlichere Trennung von Demokratie und Bürokratie bestehen. Der bürokratische Aufwand muss in vielen Fällen nicht zwingend direkt demokratisch erfolgen.

*„Ist der immer so blöd drauf?“  
-Sicherheitskraft, nach dem  
Felix Werner die Sicherheits-  
schleuse bestanden hat.*

Wir müssen uns daher überlegen, ob uns der bürokratische Perfektionismus wirklich wichtiger ist als der demokratische. Am Ende der Überbürokratisierung steht ein nicht mehr zu überblickendes Konstrukt an Anträgen, Formulierungen und Klauseln. Dies führt zu Transparenzverlust. Und wenn eine Demokratie nicht mehr transparent ist, dann kommt es zu Politikverdrossenheit. Doch gerade heute muss es unser oberstes Ziel sein, Politik attraktiv zu machen. Politik soll interessieren, soll polarisieren und – im besten Fall – begeistern. Dazu muss man zwar vielleicht auf die ein oder andere bürokratische Spitzfindigkeit verzichten, das Endergebnis ist aber eine transparente und direkte Demokratie, an der jeder gerne mitwirkt. Antrag angenommen?

*[Johannes Leitgeb]*



## AUF EINEN FRÜCHTETEE MIT ROLAND REIF

*Roland Reif, Mitglied des Fraktionsvorstands, spricht über Kommunikation und erklärt, warum Rhetorik so wichtig ist.*

Roland Reif, zunächst vielen Dank dass du dir die Zeit nimmst.

**Roland Reif:** Das ist kein Problem, Kommunikation ist schließlich wichtig.

Du bist der Redaktion aufgefallen, weil du eine große rhetorische Begabung hast. In deiner Bewerbung zum Fraktionsvorstand konntest du mit einer guten und sorgfältigen Wortwahl überzeugen. Was für eine Bedeutung lässt du der Rhetorik in der Politik zukommen?

**Roland Reif:** Rhetorik ist durchaus sehr wichtig. Oft ist es nicht entscheidend, was man sagt, sondern wie man es sagt. Eine sorgfältige Wortwahl kann eine sehr große Auswirkung auf die Hör- oder Leserschaft haben. Politischer Erfolg definiert sich auch immer ein wenig dahingehend, wie man sich verkauft und die Menschen erreicht.

*„Es ist mein Job, Dinge nachzuplappern. Ich bin Journalist!“  
-Felix Werner*

Magst du es lieber, kreativ zu arbeiten, oder bist du gerne an Vorgaben gebunden?

**Roland Reif:** Kreative Arbeit liegt mir mehr. Seinem Geist freien Lauf zu lassen und sich selbst neu auszuprobieren und zu erfinden, macht mir eher Spaß als mich über Vorgaben zu definieren.

Glaubst du dass die „echte“ Fraktion dem Planspiel als Vorbild gedient hat?

**Roland Reif:** Ganz im Gegenteil. Ich glaube eher dass die Jugend von heute Impulse in der Politik setzen kann, so dass die „echte“ Fraktion auch etwas von den jungen Menschen lernen kann.

Bist du der Meinung dass dieses Planspiel als Chance gesehen werden kann, unter realen Bedingungen politische Arbeit nachzuempfinden?

**Roland Reif:** Definitiv! Die politischen Eindrücke, die Erfahrungen die man aus diesem Planspiel – was ja letztendlich nichts anderes als eine Simulation der wirklichen politischen Prozesse ist – ziehen kann, sind von enormer Bedeutung.

Abschließend eine Frage, die du vielleicht wegen den hitzigen Debatten schon erwartet hast: Was ist deine Meinung zur Quotierung?

**Roland Reif:** Ich bin ein Gegner der Quotierung. Man sollte alle gleich behandeln und nicht krampfhaft versuchen, eine Art Gleichgewicht herzustellen.

|felix werner|foto: andreas amann|

# DIE FRAUENQUOTE ALS „RUNNING JOKE“

*Die Frauenquote ist ein permanentes Streitthema- das ist schon lange bekannt. Selbst vor den Mauern des Bundestags macht die Diskussion um die Quotierung keinen Halt und dominierte die Gespräche beim dreitägigen Treffen der SPD- Planspielfraktion.*

Joelle Schulz, Abgeordnete der Arbeitsgruppe für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (FSFJ), bestätigte im Gespräch, dass ein Antrag auf Quotierung der, nun fünf, Fraktionsvorsitzenden im Ausschuss abgelehnt worden war. Die Mehrheit der Beteiligten stimmte dagegen, ein Schock für Schulz. Die seit den 1980ern angestrebte

*„Ich will nicht so der Boss spielen“  
-Qendresa Ametaj*

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, scheint auch nach über 30 Jahren nur schwer umsetzbar zu sein. Und das, obwohl man in Deutschland nicht von einer unterdrückten Frau reden kann.

Doch fangen wir erstmal bei der Idee der Frauenquote an. Diese hatte nämlich ursprünglich nichts mit Diskriminierung zu tun. Vielmehr beobachtete man einen Kulturwandel von der Frau am Küchenherd zur Geschäftsführerin und wollte ihr mit dem Beschluss einer Quote ein Instrument für die Chancengleichheit in die Hand legen.

Schon bald sah man allerdings, dass dieses, zunächst auf Freiwilligkeit und Menschenverstand basierende Konzept, nur mithilfe eines Gesetzes auch ernst genommen werden kann. Die Meinungen sind seit der Gesetzesverabschiedung am 6. März 2015 gespalten. Nach Quellen wie dem „Managerinnen Barometer“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) waren am Jahresende 2015 in den Vorständen der 200 umsatzstärksten Unternehmen – nach 5,4 Prozent Ende 2014 – immer noch lediglich 6,3 Prozent Frauen und machen aus dem historischen Ereignis „Frauenquote“ einen eher nüchternen Erfolg.

Zurück in Berlin wird die Ablehnung des Antrags zur Quotierung nur mit oberflächlichem Grundwissen begründet, wobei ein Fragezeichen stehen bleibt, da die SPD sonst ein starker Verfechter der Einhaltung ist. Joelle Schulz will sich durch die Niederlage nicht unterkriegen lassen und beantragt in ihrer Arbeitsgruppe eine quotierte Rednerliste, welche auch angenommen wird. Ob dabei ihre sprachlichen Fähigkeiten und ihr Überzeugungsgeist, oder die doppelte Anzahl der Frauen in der FSFJ im Vergleich zu den Männern entschieden haben, ist dann wohl Ansichtssache. Bei den weiteren Anträgen scheint die Frau zumindest im Vordergrund zu stehen, schließlich müsse man ja raus aus dem Gesellschaftszwang, der unsere weiblichen Mitstreiterinnen immer noch an den Herd fesselt- und das im 21. Jahrhundert! Auf die Frage warum sie so für die Quotierung einsteht, antwortet die Abgeordnete Schulz: „Um Frauen Mut zu machen!“. Denn Frauen sollten sich nicht hinten anstellen müssen, sondern die gleiche Beurteilung wie Männer bekommen und irgendwann sollte das Einhalten der Frauenquote zur Selbstverständlichkeit werden.

Doch nicht alle teilen diese Meinung. Denn zum einen kosten die Abstimmungen, ob nun eine Frau und ein Mann, oder doch nur ein Mann den nächsten Punkt vorlesen soll, viel Zeit. Zeit die an anderen Stellen fehlt, wo sich manch einer fragt, ob die Quotierung angesichts der Vereinbarkeit von Familie und Beruf doch eher zweitrangig ist. Immerhin hätte man in diesen zehn Minuten auch eine ultimative Lösung für alle Probleme der Welt finden können und nun sitzt man da und redet über eine mögliche Quotierung beim Antragstellen. Und dann steht die Frauenquote auch noch vor den logischen und mathematischen Problemen, wie denen, wenn ungerade Personenzahlen auftauchen. Was macht man, wenn eine Endzeitfeministin auf drei Menschen trifft und versucht, diese Anzahl zu quotieren? Im Treffen der SPD- Planspielabgeordneten fand man schnell einen Ausweg aus dem Schlamassel: Die zu quotierende Personenzahl wurde kurzfristig einfach geändert. Wenn sich doch nur alle Probleme so leicht aus der Welt schaffen lassen würden!

Sita Kraus, ebenfalls Abgeordnete der FSFJ nimmt dazu Stellung: „Natürlich sind wir insgesamt für eine Quotierung, wenn die gleichen Bedingungen herrschen.“ Und das bedeutet nicht nur auf die diskriminierte Frau zu

*„Ich hab‘ schon mal für die SPD Luftballons aufgepustet!“  
-Ronja Elster*

schauen, sondern auch auf den Mann. Und oftmals zeichnet einen Menschen, außer dem Geschlecht, auch die Qualifikation aus, die durch die ganze Debatte vergessen wird. Und dann ist ja noch der Ausdruck der Frauenquote als Instrument der Chancengleichheit, welches zeigt, dass eben genau die Fähigkeiten einer Person zählen und nicht das Geschlecht. Wenn man sich diese Punkte vor die Augen führt, ist die Frauenquote doch eigentlich ziemlich sympathisch.

|Linda Pröm|

## O-TÖNE ZUR QUOTIERUNG

### WAS IST DEINE MEINUNG ZUR QUOTIERUNG?

**Thomas Lipke:** „Grundsätzlich plädiere ich für eine Quotierung, sie ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung von beiden Geschlechtern vor allem im Berufsleben. Allerdings sollte der Frau nicht das Gefühl vermittelt werden, als Quotenfrau eine Führungsposition erhalten zu haben. Vielmehr ist hervorzuheben, dass bei gleicher Qualifizierung die Quotierung greifen sollte. Denn nur so ist Chancengleichheit sinnvoll zu praktizieren.“

**Preeteshwar Sascha Gill:** „Die Quote wird in vielen Bereichen nicht gebraucht. Wenn man die Quote in dem Bereich Mann – Frau einführt, sollte es diese Quote auch bei anderen Relationen geben. Irgendwann würde das ganze viel zu unübersichtlich werden und die Einhaltung der Quote würde sich als schwierig gestalten. Deswegen erachte ich Quotierung von vorneherein als sinnlos.“

**Erek Brunsmann:** „Ich verstehe den Kerngedanken. Allerdings bin ich der Meinung, dass diese Quotierung krampfhaft wirkt. Wenn nur eine Frau und fünf Männer kandidieren – jetzt nur mal ein Beispiel – dann sollten doch nicht zum Ausgleich noch vier Frauen „überredet werden“? Ich sehe dahingehend keinen Sinn. Da sollte man lieber nach Qualifikation und nicht nach Geschlecht unterscheiden.“

### MEINST DU, DASS DIE QUOTIERUNGSANTRÄGE IM PLANSPIEL NOTWENDIG WAREN?

**Gina Bartusch:** „Meiner Ansicht nach, war der Quotierungsantrag in Bezug auf die Wahl des Fraktionsvorsitzes sinnvoll und auch notwendig, da der gleichmäßigen Aufteilung der Ämter nach Geschlecht leider zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, eine Quotierung von Anfang an festgeschrieben zu haben. Jedoch waren die Quotierungsanträge im weiteren Verlauf des Planspiels nicht notwendig, vor allen Dingen als es um die Rednerliste ging.“

**Preeteshwar Sascha Gill:** „Nein, nachdem der erste Antrag abgelehnt worden ist, hätte man keinen zweiten, dritten, vierten Antrag stellen brauchen. Es hat nur für Verwirrung gesorgt.“

### MEINST DU, ES GIBT EINEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN DER MEINUNG DER MENSCHEN ZUR QUOTIERUNG, UND IHREM GESCHLECHT?

**Erek Brunsmann:** „Viele der Zustimmungmer waren weiblich. Ich denke, dass Frauen von vorneherein die Ungerechtigkeit ausschließen wollen. Aber es gab auch viele Männer, die sich für die Quotierung einsetzten.“

**Gina Bartusch:** „Ja, ich denke schon, dass es dort einen Zusammenhang geben kann, da es abzuleiten ist, dass sich die Menschen, die selbst von Diskriminierung betroffen sind, viel eher für eine Quotierung aussprechen.“

|Felix Werner|

# RESÜMEE DER ARBEIT IN DEN AGS

Bei der abschließenden Fraktionssitzung am 18. 10. 2016 wurden die Anträge aller Arbeitsgruppen angenommen. Aus Fraktionskreisen heißt es, dass allerdings kleinere, formelle Abänderungen in den einzelnen Anträgen vorgenommen worden seien. Auch das Thema Frauenquote soll erneut zu Diskussionen geführt haben. Der Abgeordnete Lennert Saars zeigt sich trotzdem sehr zufrieden mit dem Ergebnis: „Meine AG Arbeit und Soziales konnte ihren Antrag durchsetzen“, erklärte er, „ich persönlich habe außerdem viele bunte Eindrücke während dieser Veranstaltung gesammelt“.

*„Anastasia, willst du noch einen Stellvertreter, falls du stirbst?“  
-Alex Linden*

Auch Gina Bartusch ist mit dem Ablauf des Planspiels sehr zufrieden: „Von der Arbeit mit der SPD- Fraktion bis zu den Sitzungen in den AGs war es überall möglich, seine eigene Meinung mit einzubringen“.

Es sei mit Ruhe, Sachlichkeit, Spaß und Realitätsnähe gearbeitet worden, bestätigt auch Thomas Lipke.

|Anastasia Stark|

# IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN:** Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag,  
Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**TELEFON:** 030 227-57133

**TELEFAX:** 030 227-56800

**REDAKTION:**

Johanna Agci, Dennis Haase, Johannes Leitgeb, Linda Pröm,  
Anastasia Stark, Felix Werner

**GESTALTUNG:** Öffentlichkeitsarbeit

Erschienen im November 2016

**[WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)**

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.